

OV 28.12.11 S3

MEINE MEINUNG

Eigener Weg

Von Giorgio Tzimurtas

Das vereinte Europa – es nimmt seinen ganz eigenen Weg. Ausgangspunkt für die



Fortentwicklung waren oft Krisen-Situationen oder Lehren daraus. Ob es aber die Vereinigten Staaten von Europa, wie sie SPD-Chef Sigmar Gabriel einfordert, je geben wird, das ist ungewiss.

In naher Zukunft jedenfalls nicht. Ein derartiger Zusammenschluss ist derzeit auch nicht erforderlich. Und: Absehbar wäre die mangelnde Akzeptanz in der Bevölkerung. Wichtig bleibt aber, dass die EU zu mehr Durchsetzungsfähigkeit kommt. Nach innen und nach außen. Hierfür sind weitere Reformen zwingend nötig. Von einer radikalen Neuordnung kann aber keine Rede sein. Denn die EU ist organisatorisch schon sehr weit gediehen – es fehlt den Politikern aber oft am entsprechenden Geiste.

Mayer kritisiert Gabriels Europa-Forderung

Vechtaer EU-Abgeordneter: SPD-Chef benutzt unpassende Begriffe zum politischen System

Von Giorgio Tzimurtas

Berlin/Oldenburger Münsterland – Mehr Europa: Das ist die Konsequenz aus der gegenwärtigen Schulden-Krise einzelner EU-Staaten, die die gesamte Union auf die Probe stellen. Nun soll es schärfere gemeinsame Haushaltskontrollen geben. Und automatische Sanktionen bei

Verstößen gegen die Stabilitätskriterien des Euro. So lautet ein Teil der Beschlüsse des Brüsseler EU-Gipfels vom 8. und 9. Dezember.

Vorausgegangen war ein zähes Ringen zwischen Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und dem französischen Staatspräsidenten Nicolas Sarkozy. Schließlich fanden die Regierungsoberhäupter der zwei größten EU-Staaten ihren Kompromiss – und einigten sich auch auf einen neuen Vertrag. Die SPD wettete: Nicht genug, viel zu unverbindlich und rechtlich zweifelhaft sei das alles.

Gestern setzte SPD-Chef Sigmar Gabriel noch einen drauf. In einem Interview mit der Tageszeitung Die Welt forderte er: „Europa muss von einer Konföderation zu einer Föderation entwickelt werden.“ Ein Staatenbund mit zentraler Regierung anstelle eines mehr oder weniger losen Staaten-Bündnisses also. Zu den föderalen Staaten zählen die USA ebenso wie die Bundesrepublik

Deutschland oder Indien. Sind ihre Systeme Vorbilder für eine gesamteuropäische Organisation, für die Vereinigten Staaten von Europa?

Dies trifft auf die Kritik des Vechtaer Europa-Abgeordneten Hans-Peter Mayer (CDU). Er moniert: Gabriel verwende Begriffe, die das politische System der EU nicht korrekt ausdrücken könnten. Es gebe kein Modell, kein historisches Vorbild für die EU. Diese sei „ein Gebilde eigener Art“, erklärt Mayer. Und: „In vielen Bereichen haben



Weiter aufwärts soll es gehen in Europa. Doch Frankreichs Präsident Nicolas Sarkozy und Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) sind sich nicht immer über die Maßnahmen einig. Foto: dpa

wir durchaus eine Art Föderation“, stellt er heraus. Außerdem: Mit einer Konföderation sei die EU schon gar nicht vergleichbar. Mayer betont auch, es gebe ein verbreitetes Missverständnis zur EU. Zwar würden die Mitgliedsstaaten zum Teil Souveränität abtreten, diese übertragene Entscheidungskompetenz aber durch die Bündelung in Brüssel „wiederum vergrößern“.

Gabriel hatte sich auch aus diesem Grund für ein strikt bundesstaatliches Europa ausgesprochen: „Entweder Europa spricht mit einer Stimme oder mit keiner Stimme.“ Diese Not-

wendigkeit ergebe sich in der neuen globalen Kräfteordnung im 21. Jahrhundert. Den Machtblöcken, die die USA, Indien und China bilden, müsse die EU mit gestrafter Einheit begegnen.

Das sieht Mayer zwar ähnlich. Er fordert aber eine Analyse darüber, „wo das notwendig ist und wo wir an unsere Grenzen stoßen.“ Für ihn steht fest: In der Sicherheits-, Klima-, Wirtschafts- und Finanzpolitik ist ein Mehr an Europa erforderlich. Vor allem auf internationalem Parkett. Andere Bereiche aber, wie die Steuerpolitik, solle man „in der Vielfalt belassen“.

